

INTERVIEW

ASYLPOLITIK

„Es ist falsch, Migration als Überbegriff zu benutzen“

Interview: Thomas von der Osten-Sacken und Thorsten Fuchshuber

In den vergangenen dreißig Jahren hat sich die europäische Flüchtlingspolitik gravierend verändert, was sich nicht zuletzt an der Entwicklung in Deutschland ablesen lässt. Ein Gespräch mit Karl Kopp, dem Co-Geschäftsführer der Flüchtlingshilfsorganisation „Pro Asyl“.

Thorsten Fuchshuber: *Karl, wir wollen mit dir über die Entwicklung der Flüchtlings- und Migrationspolitik in Deutschland und Europa sprechen. Wie hat sich deine Arbeit und die von „Pro Asyl“ in den vergangenen Jahren verändert und welches waren die grundlegendsten Einschnitte?*

Karl Kopp: Ich bin seit über drei Jahrzehnten im Asylbereich tätig. Ein großer Einschnitt waren rückblickend die 1990er-Jahre, die blutigen, frühen Phasen im deutschen Einigungsprozess, also das, was gesellschaftspolitisch oft als die „Baseballschläger-Jahre“ bezeichnet wird. Die waren charakterisiert durch eine Wechselbeziehung aus rassistischer Gewalt, Pogromen und asylrechtlichen Gesetzesverschärfungen. Bis hin zur Grundgesetzänderung im Mai 1993, mit der das deutsche Asylrecht weitgehend ausgehöhlt wurde. Es gelang also, einen Teil der historischen Errungenschaften, die das Asylrecht darstellt, zu entsorgen, während es tagtäglich zu Gewalt gegen Flüchtlinge und Migrant*innen kam – mit zahlreichen Todesopfern. Danach gab es noch verschiedene, kleinere Einschnitte. In Bezug auf Europa spielt eine Rolle, dass die Europäische Union nach dem Gipfel von Tampere im Oktober 1999 begann, Asylrecht zu vergemeinschaften. Das war ein sehr langwieriger Prozess, der bis heute anhält. Wir sind aktuell in der dritten Etappe. In all diesen Etappen haben wir mit unseren Kernforderungen nie Erfolg gehabt: Für Flüchtlinge einen gefahrenfreien, regulären Zugang zu Schutz zu gewährleisten. Dennoch haben wir bezüglich des deutschen Asylrechts über die europäische Schiene

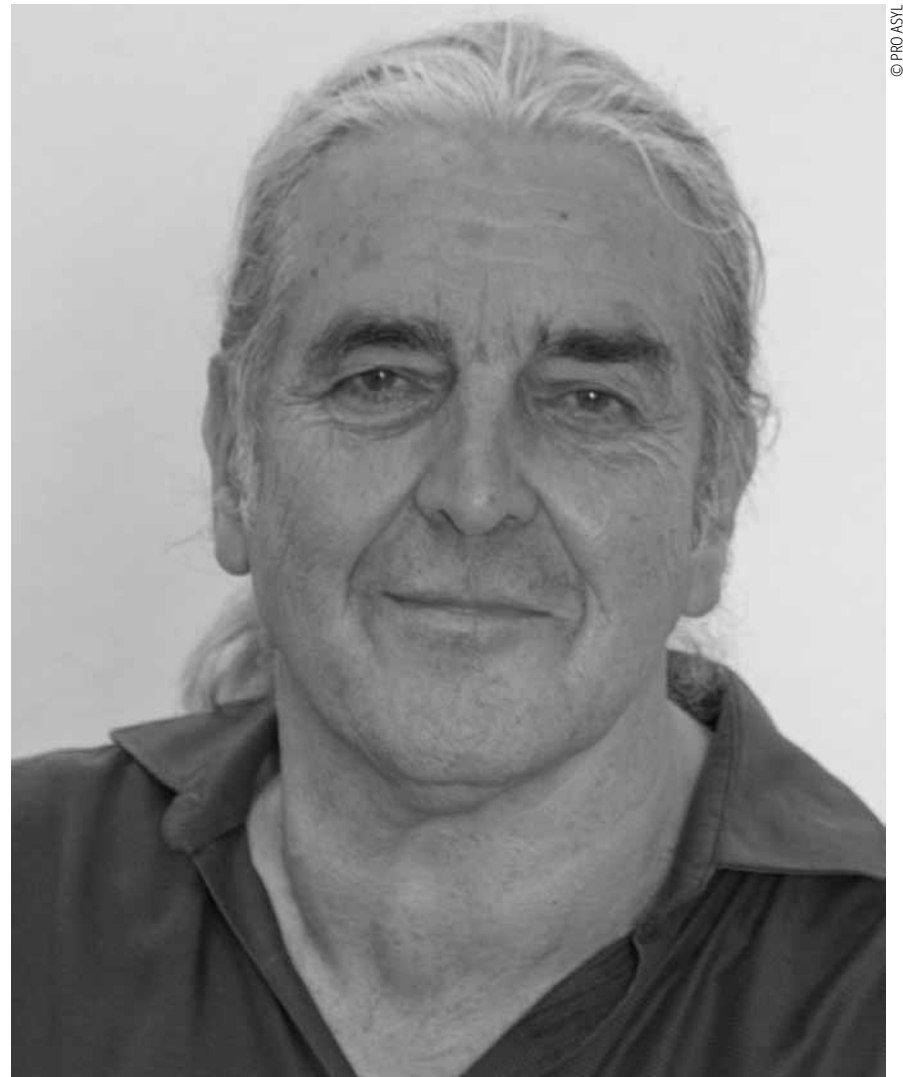
einiges erreicht. Zum Beispiel, dass Opfer nichtstaatlicher Verfolgung und Opfer geschlechtsspezifischer Verfolgung, wie auch in der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) vorgesehen, inzwischen in Deutschland anerkannt werden. Zuvor haben zum Beispiel bosnische Frauen, die vergewaltigt wurden, keinen Schutzstatus erhalten, weil man gesagt hat, dass nur die Bedrohung durch staatliche Akteure und damit nur staatliche Verfolgung anerkannt wird.

Eine andere Zäsur, die mit Europa zusammenhängt, waren die offenen Grenzen. Mit der Schengen-Freizügigkeit nach innen, die ja heute wieder weitgehend außer Kraft gesetzt ist, gingen immer heftigere Abwehrmaßnahmen nach außen einher. Und so hat sich das Massensterben an den EU-Außengrenzen über Jahre, jetzt sogar Jahrzehnte, kontinuierlich und auf grauenhafte Weise verschärft.

Thorsten Fuchshuber: *Eine Zäsur, die du bislang nicht erwähnt hast, war die sogenannte Flüchtlingskrise von 2015. Ist das aus deiner Sicht gar kein so großer Einschnitt gewesen?*

Karl Kopp: Das war ganz klar eine Zäsur für uns. Im Jahr 2015 wurde Europa mit einer Realität konfrontiert, die bereits lange Zeit existierte, aber eben außerhalb der EU-Grenzen. Die Lage der Flüchtlinge in den Hauptaufnahmeländern wie der Türkei, dem Libanon und Jordanien war prekär bis katastrophal. Es war klar, dass irgendwann der Tag kommen würde, an dem die Menschen sich auf den Weg nach Europa machen.

Hinzu kommt – das ist für den Gang der Ereignisse wichtig – dass im Janu-



„Europa tut seit vielen Jahren wirklich alles, um die Einreise Schutzsuchender zu verhindern“: Karl Kopp, Co-Geschäftsführer von Pro Asyl.

ar 2014 vor der griechischen Insel Farnakonisi ein Boot im Schlepptau der griechischen Küstenwache bei stürmischem Wetter untergegangen ist. Das ging auf das alleinige Verschulden der Küstenwache zurück und es handelte sich dabei wahrscheinlich um eine Pushback-Operation in Richtung Türkei. Man wollte Flüchtlinge also unter Verstoß gegen geltendes Recht von den EU-Außengrenzen fernhalten und an den Ausgangspunkt ihrer Fahrt zurückzubringen. Es gab damals einen riesigen Aufschrei angesichts der Toten, was heute unvorstellbar ist. Die Syriza-Regierung, die 2015 an die Macht kam, hat die Pushbacks auf See daraufhin beendet. Das hat dazu geführt, dass die Regierung menschenrechtskonform agierte, als im selben Jahr rund 850.000 Bootsflüchtlinge in Griechenland ankamen. Über 400.000 waren es alleine auf der Insel Lesbos. Trotzdem blieb es sehr gefährlich, die Überfahrt zu wagen und es kam weiterhin zu Todesfällen. Man darf beim Blick zurück auf das Jahr 2015 nicht

vergessen, dass es nicht nur die politischen Kämpfe, insbesondere auch der Kampf der Betroffenen um Gerechtigkeit, sondern die vielen Toten waren, die dafür sorgten, dass für kurze Zeit menschlich und rechtskonform gehandelt wurde und dementsprechend mehr Flüchtlinge nach Europa gelangten.

Thomas von der Osten-Sacken: *Wie hat sich die Definition der verschiedenen Schutzkategorien historisch verändert?*

Karl Kopp: Der alte Artikel 16 des deutschen Grundgesetzes hat den Zugang zu einem Asylverfahren garantiert. Deutschland hatte deshalb aber keinesfalls eine liberale Anerkennungspraxis. Menschen, die heute gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention Anspruch auf Schutz haben, hatten diesen in den 1990er-Jahren aufgrund der restriktiven Rechtsprechung nicht. Deutschland hat die Definition, was ein politischer Verfolgter ist, sehr eng ausgelegt. Dadurch sind viele Leute durchs Raster gefallen. Man hat schlicht gesagt, da wo es keinen verfolgenden Staat gibt, existiert auch keine politische Verfolgung, ergo gibt es keinen Schutzstatus. Diese Sichtweise hat zum Beispiel eine Rolle gespielt, als die Taliban 1996 Afghanistan erobert haben.

Karl Kopp ist Co-Geschäftsführer der in Frankfurt am Main ansässigen Menschenrechtsorganisation „Pro Asyl“, die er auch im „European Council on Refugees and Exiles“ (ECRE) vertritt. **Thomas von der Osten-Sacken** ist Geschäftsführer der im Nahen Osten tätigen Hilfsorganisation „Wadi e.V.“ und freier Publizist. **Thorsten Fuchshuber** ist Redakteur der woxx.

INTERVIEW



© VDO

„Einwanderungspolitik ist etwas komplett anderes als Asylrecht oder Flüchtlingspolitik“:
Thomas von der Osten-Sacken, Geschäftsführer von Wadi e.V.

Thomas von der Osten-Sacken: Das galt auch für bosnische Bürgerkriegsflüchtlinge, die nur Duldungen erhielten, weshalb ihnen keinen dauerhafter Schutz gewährt wurde.

Karl Kopp: Genau: Niemand hat damals bezweifelt, dass eine bosnische Frau, die von serbischen Freischärlern vergewaltigt worden ist, furchtbar gelitten hat. Aber sie hat in Deutschland keinen Schutzstatus bekommen, weil Opfern nichtstaatlicher Verfolgung nicht der Schutz zugestanden wurde, der ihnen gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention hätte gewährt werden müssen.

Thorsten Fuchshuber: Das hat sich dann später geändert.

Karl Kopp: Ja, und in diesem Punkt handelte es sich um eine Niederlage des offiziellen deutschen Standpunkts der 1990er-Jahre. In der Zivilgesellschaft gab es dann auch eine Neuausrichtung: Wir schauen nicht mehr nur auf unser deutsches, nationalstaatliches Asylrecht, sondern genauer auf die GFK. Die war seit dem Protokoll von 1967 eigentlich weltweit gültig und quasi die Magna Carta dessen, welche Menschen als Flüchtlinge einzustufen sind und welche Rechte sie haben. Über die europäische Debatte rückte

das nun erst wirklich in den Blick. Und diese Konvention umfasst eben ein viel breiteres Spektrum als der Artikel 16 des Grundgesetzes, also auch die Verfolgung sozialer, religiöser, ethischer und sonstiger Gruppen. Und im Rahmen der europäischen Vereinheitlichung des Asylrechts mussten dann endlich auch die genannten Aspekte der GFK in nationales Recht überführt werden, weshalb es in Deutschland dann zum Beispiel auch die Anerkennung von Asylansprüchen wegen nichtstaatlicher Verfolgung gab.

Thorsten Fuchshuber: Die EU-Normen haben also zunächst dafür gesorgt, Rechtsansprüche für Flüchtlinge in Deutschland zu erweitern?

Karl Kopp: Ja. Einerseits reihte sich für uns als Verteidiger des Asylrechts in den 1990er-Jahren Niederlage an Niederlage, immer auf Kosten der Schutzsuchenden. Das bedeutete Entrechtung, Haft, Lager, Essenspakete, Entwürdigung und so weiter. Andererseits haben sich mit der europäischen Vereinheitlichung des Asylrechts neue Spielräume eröffnet, durch die mehr Menschen Schutz bekommen haben. Dadurch kam einiges Positives in Gang. Allerdings nicht das, was am wichtigsten gewesen wäre: legale Fluchtwege. Das Sterben auf dem Weg

nach Europa wurde nicht beendet, ganz im Gegenteil. Einiges von dem, was sich im Zuge des EU-Vereinheitlichungsprozesses etablierte, bleibt bestehen. Etwa, wenn der Europäische Gerichtshof feststellt, dass alle Frauen aus Afghanistan schutzberechtigt sind. Doch generell haben wir heute eine Situation, in der Europa seit vielen Jahren wirklich alles tut, um die Einreise Schutzsuchender zu verhindern und in der es kaum noch reguläre Wege wie humanitäre Visa, Visumsfreiheit oder Familienzusammenführung gibt, um hierher zu gelangen.

Thorsten Fuchshuber: Die formale Geltung des Rechts wird aufrechterhalten, aber die Inanspruchnahme dieses Rechts wird mit allen Mitteln zu verhindern versucht?

Karl Kopp: Ja, und die aktuelle schwarzrote Bundesregierung hat in Deutschland auch alle anderen regulären Wege gekappt, um hierher zu gelangen, auch humanitäre Aufnahmen und Resettlement-Programme. Inzwischen müssen wir alle Erfolge, die wir erzielt haben, zusammen mit den Betroffenen vor Gericht erstreiten. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CDU) muss gezwungen werden, selbst minimale Versprechen einzuhalten. Wir erleben bemerkenswerterweise eine deutliche Liberalisierung im Einwanderungsrecht und zugleich eine beinharte, menschenverachtende Flüchtlingspolitik.

Thomas von der Osten-Sacken: Das ist ein wichtiger Unterschied, der immer wieder betont werden muss: Ob von Flüchtlingen oder Migranten die Rede ist. Ein Flüchtling hat einen Rechtsanspruch; ein Migrant wird vom Staat ausgewählt. Das heißt, Einwanderungspolitik ist immer etwas komplett anderes als Asylrecht oder Flüchtlingspolitik. Und es hat Methode, dass beides permanent auch sprachlich vermischt wird und dann eben aus Asylsuchenden plötzlich illegale Immigranten werden, was sie de facto nicht sind.

Karl Kopp: Das muss man strikt trennen. Ich finde es falsch, dass auch Linke oft „Migration“ als Überbegriff benutzen, wenn es eigentlich um Flucht geht. Viele Linke denken, das wäre was Emanzipatorisches. Die Rechten dagegen haben ein großes Interesse, möglichst viele der Menschen, die nach Europa gelangen wollen, als „illegale Migrant*innen“ zu deklarieren, obwohl selbst die GFK klar feststellt, dass eine irreguläre Einreise keine Straftat darstellt, wenn sich Flüchtlinge danach melden und ein Schutzgesuch stellen.

Das ist das Schlüsselement des Menschenrechtsschutzes, dass niemand einfach an der Grenze zurückgewiesen werden darf. Und deshalb ist es eines der

Hauptkampffelder der Populisten, der Rechten und der Völkischen, all das auszuhebeln. Alle Hardliner im Asylbereich wollen die Geltung der Rechte, die den Zugang zu einem fairen Verfahren vermitteln, einschränken und sie am liebsten ganz abschaffen.

„Mit unserer Kernforderung hatten wir nie Erfolg: Nämlich für Flüchtlinge einen gefahrenfreien, regulären Zugang zu Schutz zu gewährleisten.“

Thomas von der Osten-Sacken: Früher gab es Slogans wie „Fluchtursachen bekämpfen“. Sogar militärische Interventionen und Kriege wurden mit dem Ziel legitimiert, man wolle Menschen die Rückkehr in ihre Heimat ermöglichen. Dieser Kontext scheint mir in aktuellen Debatten überhaupt keine Rolle mehr zu spielen. Dabei ist die GFK integraler Bestandteil einer Fülle von UN-Resolutionen, die eigentlich vorsehen, dass die Weltgemeinschaft dafür zu sorgen hat, dass überall Grundrechte gelten. Heute jedoch ist die Asyldebatte von einer außenpolitischen Debatte über Fragen wie humanitäre Interventionen oder Entwicklungshilfe völlig abgekoppelt und man redet nur noch über das Asylrecht. Wie schätzt du diese Entwicklung ein?

Karl Kopp: Krieg ist ein Hauptfluchtgrund. Schauen wir uns die militärischen Interventionen des Westens genauer an, so muss man feststellen, dass beispielsweise das „Eingreifen“ in Libyen, Afghanistan und Irak mehr Fluchtbewegungen produziert hat. In den vergangenen Jahren hat sich in dieser Hinsicht sehr vieles zum Schlechteren entwickelt. Es wird massiv aufgerüstet, aber im Bereich internationaler Hilfe findet ein Kahlschlag statt – nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland, in Europa. Betroffen sind wichtige existenzielle Programme in Ländern und Regionen, in denen die meisten Flüchtlinge leben. Wir sind heute himmelweit entfernt von klassischer Fluchtursachenbekämpfung: Sie wird zwar immer beschworen, aber es findet de facto eine Fluchtverhinderungspolitik statt. Finanziert werden fatale Partnerschaften mit Diktatoren, um Flüchtlinge abzuwehren. Und jetzt werden nicht mal mehr die „Heftpflaster“, die unmittelbaren humanitären Hilfen in bestimmten Regionen und in Transitländern, adäquat finanziert.

Thomas von der Osten-Sacken: Auf der einen Seite gibt es immer mehr Flüchtlinge auf der Welt, ihre Gesamtzahl hat inzwischen die

INTERGLOBAL

100-Millionen-Grenze weit überschritten. Auf der anderen Seite gibt es keinerlei Konzept der Industrienationen mehr für das, was in Sonntagsreden Fluchtursachenbekämpfung genannt worden ist. Das jedoch führt unweigerlich dazu, dass es immer noch größere Flüchtlingsströme geben wird. Und auf diese wird mit einer massiven Militarisierung der Außengrenzen reagiert, was letztlich auf einen „War on Refugees“ hinausläuft. Denkst du, eine Militarisierung der Flüchtlingspolitik bis hin zu Schritten, die wir uns heute vermutlich noch gar nicht vorzustellen vermögen, ist realistisch und könnte erfolgreich sein?

Karl Kopp: Also im Rahmen von geltendem Recht, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wäre das nicht möglich. Da bräuchte man einen grundlegenden Systemwechsel, damit ein Kontinent – man muss ja immer betonen: es handelt sich nicht nur um ein Land, sondern um einen ganzen Kontinent, der viele Land- und Seegrenzen hat – hermetisch abgeriegelt werden könnte. Das ist völlig absurd und erscheint mir nicht realisierbar. Hingegen kann man mit einer brutalen Politik sehr wohl Einfluss darauf nehmen, in welchem Zustand die Menschen den Ort, an dem sie Schutz suchen wollen, erreichen, ob lebend oder tot. Und man kann entscheiden, in welchem Zustand und unter welchen Rahmenbedingungen die Leute leben müssen. Die Frage ist: Wollen wir ernsthaft ein Heer von illegalisierten Menschen schaffen, weil es keine legalen Wege gibt? Zumal Europa ja dringend auf Zuwanderung angewiesen ist, also auf Leute, die den Laden auch in Zukunft am Laufen halten. Das Kalkül der Völkischen und der Rechtspopulisten ist ja, dass sie denken, sie könnten sich zumindest das Reservoir aussuchen, aus dem die Leute kommen. Aber ich glaube, ein Kontinent, der sich jetzt entscheiden muss, ob er das Projekt Europa retten will mit all seinen Stärken, mit Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde, muss auch dafür kämpfen, dass die Grundlagen erhalten bleiben, die wirklich den Unterschied ausmachen im Vergleich mit autoritären Systemen.

Dieses Interview ist ein Auszug aus einem längeren Gespräch mit Karl Kopp, das in einem in diesem Jahr erscheinenden, von Thomas von der Osten-Sacken und Thorsten Fuchshuber herausgegebenen Sammelband mit dem Arbeitstitel „War on Refugees – Zum Scheitern europäischer Asylpolitik“ veröffentlicht wird. Wir danken dem Schmetterling Verlag in Stuttgart für die Erlaubnis zum Vorabdruck einiger Passagen des Gesprächs.



À 75 ans, Eklash Mohamed est la doyenne du camp. Elle a fui avec ses trois filles, tandis que ses quatre fils sont prisonniers des FSR, au Soudan.

GUERRE AU SOUDAN

Koufra, un refuge au cœur du désert libyen

Maryline Dumas

Entre 40 et 60.000 soudanais-es vivent dans la ville libyenne de Koufra. Les autorités locales tentent d'organiser leur accueil, quasiment sans aide internationale.

Comme au Soudan ou presque. Dans son café délimité par des tissus colorés et au sol de terre battue, Nafissa Boubaker prépare le café comme au pays, avec des épices. Pourtant, la mère de famille de 39 ans est bien loin de son pays natal : il lui a fallu un mois et 20 000 livres soudanaises (28 euros) – une « fortune » pour elle – pour rejoindre Koufra, première ville libyenne accessible depuis les frontières sud-égyptienne, soudanaise et tchadienne.

Depuis quatre mois, Nafissa travaille dans ce café, situé entre deux « fermes », des terrains agricoles non exploités qui hébergent, sous forme de camps, des Soudanais-es depuis le début de la guerre en avril 2023. Il en existe huit dans la ville de Koufra. « Mon mari est malade et ne travaille pas », explique Nafissa. « Je gagne entre 100 et 120 dinars libyens par jour, ce qui nous permet de nous nour-

rir à peu près. » Autour de son café, dont le « propriétaire » est Soudanais, se trouve un véritable « espace commercial ». Les « magasins », construits à partir de branches d'arbres, de tissus, de bâches, de tôles ou de briques, s'enchaînent collés les uns aux autres : vendeurs de fruits et légumes, épices, boutiques de vêtements ou de chaussures, lieux pour charger les téléphones, fumer la chicha, jouer aux cartes ou même au billard... Des camions arrivent régulièrement jusqu'ici pour décharger des marchandises. Un lieu qui semble bien organisé et conçu pour durer.

Selon le Haut Commissariat aux réfugiés (HCR), la guerre civile soudanaise, qui oppose l'armée régulière et les paramilitaires des Forces de soutien rapides (FSR) depuis avril 2023, a poussé 11,7 millions de Soudanais sur les routes. Parmi eux, plus de trois millions ont quitté leur pays, dont 550.000 pour la Libye, devenue le second pays d'accueil, derrière le Tchad. Entre 40.000 (selon l'agence de l'ONU) et 60.000 (selon la municipalité) Soudanais-es se trouveraient à Koufra actuellement, soit quasiment

autant que sa population habituelle. Des chiffres difficiles à vérifier en raison des mouvements vers les villes côtières et l'immensité des frontières (2.551 km en plein désert).

« Les réfugiés sont nos invités »

Dans une Libye réputée être un enfer pour les personnes en mobilité – sujettes aux mauvais traitements et à la traite humaine –, Nafissa Boubaker et la majorité de ses compatriotes sont paradoxalement accueilli-es avec une certaine solidarité, en tout cas à Koufra. Partout dans les rues, on voit des hommes réfugiés installés sur les trottoirs : ils attendent qu'on vienne les embaucher à la journée pour faire de petits travaux. Si les Soudanais-es sont bien visibles, les autres nationalités, elles, semblent se cacher. Il se dit d'ailleurs que des Tchadiens tentent parfois de se faire passer pour des Soudanais-es afin de bénéficier de certains de leurs « avantages ».

Cette région désertique est habituée à commercer avec les pays limitrophes et à faire appel aux populations soudanaises pour remplir

INTERGLOBAL

des postes vacants, notamment dans l'enseignement et dans la santé, alors que les Libyen-nes d'autres régions refusent souvent des emplois dans cette ville isolée. Les liens entre habitant-es de Koufra et Soudanais-es sont donc étroits, renforcés par une religion commune. Mohamed Abdulrahim Boumriz, élu maire de Koufra en décembre dernier, reconnaît que 70 % des docteurs dans les hôpitaux de la ville viennent du Soudan. « Les réfugiés sont nos invités. Nous avons reçu l'ordre du Haut Commandant (Khalifa Haftar, ndlr) de prendre soin de nos invités. Ils sont nos frères », répète à l'envi l'élu dans son bureau où trône un immense portrait du maréchal. Depuis 2014, l'ancienne Jamahirya de Mouammar Kadhafi est divisée en deux autorités parallèles : le gouvernement d'Union nationale, reconnu par la communauté internationale, à Tripoli, et un gouvernement soutenu par le maréchal Khalifa Haftar et son « Armée nationale arabe libyenne » (LNA), qui contrôle la majorité du territoire et tout particulièrement l'est et le sud Libyen où se trouve Koufra.

Une école sans livre

Preuve de cet accueil reçu, l'école des martyrs d'Al-Ajhar accueille chaque après-midi 900 enfants soudanais de 6 à 17 ans depuis le 5 janvier, les enfants libyens n'ayant pas école l'après-midi. Ces enfants vivent dans des camps ou des logements en ville, tout comme leurs trente professeurs qui enseignent le programme soudanais. Du jamais vu dans cette Libye en proie aux tensions armées depuis la révolution de 2011, où les migrant-es ne sont généralement pas acceptés dans les écoles.

La situation reste cependant précaire. La plus grande partie du personnel enseignant est bénévole, mais les responsables envisagent de demander aux parents des frais de scolarité pour les payer, ce qui en décourage certains. « Les professeurs sont réfugiés eux aussi, ils ont besoin de manger. D'un

autre côté, il est très important que les enfants retrouvent l'école. Certains n'y ont pas mis les pieds depuis 3 ans ! », explique Mohamed Halafi, professeur d'anglais dans une école privée libyenne et directeur bénévole de l'école soudanaise. L'homme lance un appel aux organisations internationales : « Nous avons besoin de livres, de cahiers, de stylos aussi ! » Seuls le personnel enseignant a des livres. La maîtresse de première année, qui gère 50 enfants à elle seule, garde précieusement le feutre du tableau qu'elle ramène chaque jour chez elle, dans la « ferme Al-Abaj », à deux kilomètres de là.

Une carte difficile à obtenir

C'est ici, à la « ferme Al-Abaj », que vit Eklass Mohamed, 75 ans. Pour améliorer son quotidien, elle vend des petits sachets de fruits secs : « Je gagne 5 à 10 dinars (0,7 à 1,30 euros) par jour, cela me suffit », explique la doyenne du camp, qui profite également de la générosité des locaux. Des familles libyennes apportent régulièrement nourriture et vêtements. Les dons des organisations internationales sont plus encadrés : pour en bénéficier, il faut détenir la carte de réfugié auprès des autorités libyennes. Celle-ci permet également de quitter la ville pour ceux et celles qui voudraient chercher du travail dans les zones plus urbanisées, sur la côte. Mais pour l'obtenir, il faut une prise de sang pour détecter d'éventuelles maladies transmissibles, avoir un « sponsor » libyen, des papiers d'identité valides... et 500 dinars libyens (67 euros). Elle n'est donc pas accessible aux plus précaires.

Avec ses trois filles, Eklass Mohamed a fui El-Facher (Darfour), où les FSR se sont rendus coupables de « signes distinctifs d'un génocide », selon un rapport de l'ONU publié le 19 février. Quant à ses quatre fils, ils sont prisonniers des FSR. « J'aimerais tellement retourner à ma vie paisible, au Soudan », sourit tristement la vieille femme. En attendant, elle vit dans une cabane faite de branche de palmiers et de tissus.

Les frontières fermées

Dans la ferme voisine, c'est la « ferme de Krik », c'est Khaled Fadel Allah le chef. Âgé de 53 ans, cet ancien commerçant fait partie des premiers à s'être installés ici : « En octobre 2023, nous sommes tombés en panne d'essence dans le désert libyen, à 60 km de Koufra. Le propriétaire de la ferme nous a trouvés et ramenés ici. » Krik a d'abord été un lieu de transit particulièrement important. Il s'est vidé au fil des déménagements au centre-ville et des départs dans d'autres villes, au nord. La fermeture de la frontière avec le Soudan, en juillet 2025, a diminué le nombre d'arrivées : les Soudanais-es devaient d'abord passer par le Tchad. Seuls ceux et celles en capacité de payer une cinquantaine d'euros par personne pouvaient poursuivre jusqu'en Libye. Le 23 février, le Tchad a annoncé fermer également sa frontière avec le Soudan, compliquant à nouveau le passage pour les réfugiés-es. Aujourd'hui, Khaled Fadel Allah compte 380 familles installées durablement à Krik.

Dans le camp, les abris, faits de branches, de feuilles de palmiers et de tissus, longent les murs qui délimitent le terrain. Au centre, le propriétaire agricole a installé une citerne à eau. Dans un coin, des toilettes mobiles de l'Unicef dégagent une odeur nauséabonde. À l'opposé, deux Soudanais, payés par Première urgence internationale (PUI), construisent une station de filtration d'eau potable. Il s'agit du dernier projet de l'ONG française à Koufra : PUI a quitté la Libye fin janvier, une conséquence de la coupe des financements décidée par l'administration Trump.

L'aide internationale à la peine

Khaled Fadel Allah nous ouvre les portes de son « bureau », une baraque de briques qui devait servir d'entrepôt. Sur le mur, le quinquagénaire est fier de montrer la photo des 100 dromadaires offerts, pour l'Aïd dernier, par Khalifa Haftar, « un grand

homme ». Pas question ici d'évoquer les accusations de trafics d'armes à destination des paramilitaires du FSR via la frontière libyenne, tchadienne et soudanaise, comme le dénoncent les autorités soudanaises et des experts de l'ONU.

Ce jour-là, l'ONG américaine International Medical Corps (IMC) prend place dans le bureau pour offrir des consultations gynécologiques. À l'extérieur, une dizaine de femmes, enroulées dans des tissus colorés, patientent. Le travail du docteur Salima Mohamed Akanshi consiste principalement à soigner les femmes souffrant d'infection vaginales dues aux mauvaises conditions d'hygiène et à suivre les grossesses. La docteure libyenne a déjà accompagné une douzaine de naissances depuis janvier. Celles-ci ont lieu dans les hôpitaux publics, gratuitement. « Certaines femmes cherchent à tomber enceinte. Je pense que c'est une quête d'un soutien psychologique pour une mère qui a perdu un enfant pendant la guerre, c'est une façon de tenter de combler un manque », avance Salima Mohamed Akanshi. Les psychologues manquent alors que les réfugiés-es ont vécu des événements particulièrement traumatiques. La question des soins est d'autant plus sensible qu'IMC n'a pas de visibilité sur son avenir après le mois d'avril. Talal Burnaz, chef de la mission en Libye, regrette : « La Libye est un pays sous-financé ces dernières années car considéré comme stable, malgré les besoins humanitaires. »

Basée à Tunis, Maryline Dumas suit l'actualité libyenne et nord-africaine pour le woxx.